

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Vorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 45.

Berlin, den 7. November 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die Kritik der Versicherungsordnung. — Wer hat „ins Schwarze“ getroffen? — Altern des Betons. — Rundschau: Note Zimmereragitation. Der Vergarbeiterstreik im Mansfelder Revier. Tarifverhandlungen im Malergewerbe. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter. Ueber einen eigenartigen Wohltat. Unangebrachte Schandenfreude. Wer will eine Krankentasse kaufen? — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Andernach. Nassau. Württemberg. Bezirk Danzig. Aus der Eifel. Holthausen. Kassel. Bezirk Königberg i. Pr. Richtenbusch. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

Die Kritik der Versicherungsordnung.

II.

Noch einige Worte zu dem Einwand der Verteuerung und Bürokratisierung des Rentenfestsetzungsverfahrens. Wie soll denn das Recht des Versicherungsamtes gestaltet werden?

Es soll nach Entgegennahme der Unfallanzeige den Unfall untersuchen und die Ansprüche des Verletzten prüfen, genau wie es heute die Genossenschaft tut. Dann sagt es der Genossenschaft unter Ueberweisung der Akten, ob und wie hoch sie nach Ermessen des Versicherungsamtes den Unfall zu entschädigen habe. Die Berufsgenossenschaft erteilt dann, wie bisher, den berufungsfähigen Bescheid an den Rentenbewerber; will sie dabei von dem Vorschlage des Versicherungsamtes abweichen, dann muß sie die Gründe dafür angeben nebst dem Vorschlage des Versicherungsamtes. Die Genossenschaft behält somit das bisherige instanzliche Entscheidungsrecht — nur soll das instanzliche Entscheidungsrecht der Genossenschaft bei einer evtl. Neu festsetzung der Rente nach der ersten definitiven Festsetzung ganz beseitigt werden, was bisher erst nach Verlauf von fünf Jahren nach der ersten rechtskräftigen Rentenfestsetzung geschah —; es wird dem Versicherungsamt, zusammengesetzt aus Arbeitgeber und Arbeitern zu gleichen Teilen, unter Vorsitz eines Beamten, nur die Vorbereitung des Rentenbescheides und ein Vorschlagsrecht übertragen. Wahrscheinlich, kein zu großer Eingriff in die Ausnahmerechte der Genossenschaften und Versicherungsämter; denn auch für die Invalidenrenten-Anträge usw. gilt das dargelegte. Die Kosten der Prüfung der Renten-anträge werden durch dies Verfahren somit doch nicht größer! Oder aber die Genossenschaften sehen voraus, daß die Prüfung der Renten-anträge durch eine objektive Behörde nicht so unparteiisch geschehen würde wie durch sie selbst als Partei, so daß sie, wie bisher, die Anträge der Rentenbewerber prüfen, müßten, was doppelte Kosten erheischt. In demselben Augenblicke aber verlangen sie von den Arbeitern, daß sie der Objektivität einer Partei mehr Vertrauen entgegenbringen sollen als sie selbst (die Genossenschaften) einer unparteiischen Instanz. Das wäre in der Tat ein merkwürdiges Verlangen. Und warum soll eine aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzte Behörde bürokratischer verfahren als die einseitig aus Arbeitgebern zusammengesetzte Instanz? Und wieso, fragen wir weiter, soll das Rentenverfahren verlangsamt werden? Allzu große Schnelligkeit zeigten hierin die Genossenschaften doch bisher auch nicht. Darüber könnte man ganze Bände schreiben. Wenn die Genossenschaften in die Objektivität des Verfahrens der Versicherungsämter und deren Rentenentscheidungen dasselbe Vertrauen setzen, was sie von den Rentenbewerbern in ihre eigene Partei-Objektivität erwarten, dann können sie sich ja schleunigst dem Rentenentscheidungsamt des Versicherungsamtes anschließen und in der nächsten Genossenschaftssitzung einen dementsprechend berufungsfähigen Rentenbescheid erteilen. Wir sind überzeugt, daß diese dann weniger Anfechtungen durch den Verletzten erfahren, weil er weiß, daß eine wirklich objektive Behörde den Rentenentscheidungsamt gemacht hat, in welcher seine Vertrauensmänner mitwirken. Der Verletzte kommt dann auch so viel schneller zur Ruhe, was einer schnelleren Besserung seines Zustandes nur förderlich sein könnte; das liegt doch im materiellen Interesse der Genossenschaften.

Wenn mit der vorgesehenen Regelung des Rentenfestsetzungsverfahrens die Arbeiter nicht zufrieden sind, dann ist das eher zu verstehen. Denn auch bei den für die Versicherungsämter vorgesehenen Kompetenzen sind sie gegenüber den Berechtigten im übrigen bürgerlichen Leben noch immer im Nachteil. Vom christlichen Gewerkschaftskongress sind denn auch eine Anzahl Verbesserungs-vorschläge in den angenommenen Satzungen gemacht worden, die die Objektivität des Verfahrens in weiterem Umfange sichern wollen. Näher an dieser Stelle darauf einzugehen, verbietet uns der Raum.

Von arbeiterfreundlichen, mit dem Versicherungswesen vertrauten Persönlichkeiten ist der Vorschlag gemacht worden, die Versicherungsämter nur die Aufgaben im Rentenfestsetzungsverfahren zu übertragen, wie sie heute die Poli-

zeorgane usw. besitzen, die den Versicherungsträgern gewissermaßen nur als Handlanger zu dienen haben. Den Versicherungsträgern (Genossenschaften und Versicherungsämtern) sollte die Vorbereitung der Rentenentscheidung in bisherigem Umfange belassen bleiben; die Entscheidung selbst über die Ansprüche der Rentenbewerber solle hingegen einem paritätischen Entscheidungsausschuß der Berufsgenossenschaft vorbehalten bleiben. Auf diese Weise verschaffe man den Vertretern der Versicherten von vornherein ein Entscheidungsrecht.

Ein paritätischer Entscheidungsausschuß ließe sich aber doch nur dadurch erzielen, wenn den zu gleichen Teilen vertretenen Arbeitgebern und Versicherten eine unparteiische Persönlichkeit als Vorsitzender beigegeben würde, der bei Stimmgleichheit den Ausschlag zu geben hätte. Sollte der unparteiische Vorsitzende nicht wieder ein Beamter sein, dann doch eine den beiden Teilen fernstehende Persönlichkeit im Ehrenamte. Ob deren aber genug zu finden wären, da doch ihre Auswahl sehr beschränkt wäre, ist doch billig zu bezweifeln. Der Rentenbewerber bliebe bei dieser Regelung gegenüber dem Versicherungsträger aber immer deshalb im Nachteil, weil letzterer die Entscheidungen des Entscheidungsausschusses dadurch beeinflussen kann, daß er selbst die Unterlagen zur Rentenfestsetzung beschafft. Was das aber zu bedeuten hat, haben wir bereits dargelegt. Das Wichtigste in der besprochenen Reformfrage ist unseres Erachtens eben die Beschaffung des Materials für die Rentenfestsetzung durch eine unparteiische Instanz, bei der die Einwände des Verletzten die gebührende Beachtung finden.

b) Die Rechtsteilung in den Krankentassen.

Interessant ist in dieser Frage die Stellung des Unternehmertums. Während die industriellen Körperschaften, die vornehmlich von den Großindustriellen beherrscht werden, sich für die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechtes in den Organen der Krankentassen ausgesprochen haben, sind die kleinen Unternehmer zum großen Teile aus den verschiedensten Gründen dagegen. Ein Teil sagt mit Recht, die Halbierung würde uns die Bürokratie in der Verwaltung der Kassen auf den Hals laden. Denn über den Vorsitzenden würde sich, wenn Unternehmer und Versicherte in den Organen der Kassen gleich stark wären, selten eine Einigung erzielen lassen; dann aber käme der von der Behörde ernannte Vorsitzende. Innungsmeister haben nun den naiven Vorschlag gemacht, sie würden die Halbierung schließlich annehmen, wenn der Vorsitzende unter allen Umständen ein Arbeitgeber wäre. Das würde den Unternehmern die Majorität in den Kassen sichern, trotzdem sie nur die Hälfte der Beiträge leisteten; denn eine ungrade Zahl müßten Vorstand und Ausschuß der Kasse bei der Halbierung doch haben, damit bei Stimmgleichheit der Ausschlag gegeben werden könnte. Der Ausschlaggebende wäre dann der Arbeitgebervorsitzende. Einen solchen lächerlichen Vorschlag können wirklich nur Innungsmeister machen, deren Gesichtskreis leider vielfach nicht weiter geht wie ihre Nasenspitze. Ein kleiner Teil der Arbeitgeber stellt sich auf den vernünftigen Standpunkt, gerade die Krankentassen bedürften, sollten sie bei möglichst niedrigen Beiträgen die größtmöglichen Leistungen innerhalb des gesetzlichen Rahmens gewährleisten, der freudigsten Initiative (Tatkraft) der Versicherten. Brächten diese, wie bisher, $\frac{1}{3}$ der Beiträge auf, dann würden sie auch weiterhin hauptsächlich wirtschaften, zumal ihnen ja die Verantwortung zuziele bei Zweidrittel-Majorität. Das läge aber sowohl im idealen wie materiellen Interesse der Unternehmer. Diese Unternehmergruppe stellt sich also auf den Standpunkt ihrer Standesgenossen, die im Oktober vorigen Jahres im Reichsamt des Innern über die Versicherungsordnung politischem Zweck, wie sie auf Seiten der Sozialdemokratie unstreitig zu verzeichnen sind, ließen sich, meint letztere Unternehmergruppe, auch auf anderem Wege befertigen. Ganz recht, die Versicherungsordnung zeigt ja auch diese Wege. Auf dem Kölner christlichen Gewerkschaftskongress sind sie in das Licht der Öffentlichkeit gerückt worden. Nichtsdestoweniger aber will, wie es heißt, der Bundesrat an der Halbierung der Beiträge und des Stimmrechtes festhalten. Damit würde er die Anschauung einiger Bestimmten bestärken, es liege ihm nicht mehr allzuviel an dem Zustandekommen der Versicherungsordnung. Mit der Halbierung wolle er selbst dem Versicherungsschifflein eine nicht zu umschiffende Klippe in das Fahrwasser setzen, an dem es dann zerschellen werde. Die Regierung habe aber durch ihre Vorlage die Ankündigung des Grafen v. Posadowsky als seinerzeitigen Staatssekretär erfüllt und könne ihre Hände in Unschuld waschen. Sie würde dann einige Flickarbeiten an den bestehenden Versicherungsgesetzen vornehmen und die Hinterbliebenenversicherung in das bestehende Invalidenversicherungsgesetz hinein-arbeiten lassen. Das, wie gesagt, flüstert man sich heute schon zu. Der Bundesrat würde, das wissen wir bestimmt, gewissen linkspartheilichen Elementen damit einen Gefallen erweisen — Elementen, die zwar nicht für die Halbierung sich auszusprechen den Mut haben, mit der Versicherungsordnung aber nicht einverstanden sind, vielmehr erst eine

Reform der bestehenden Versicherungsgesetze, vor allem Krankentassengesetze, in ihrem Sinne wünschen.

Die Meinung der Arbeiterchaft ist bekannt. Legt die Regierung Gewicht auf ihre Stimme, dann weiß sie, was sie zu tun hat. Wenn nicht, dann mag sie die Folgen tragen.

Laß von brutalen Gewalten

Nie deine Seele knechten;

Wirst du nicht recht behalten,

Halte doch fest am Rechten!

Paul Heyse.

Wer hat „ins Schwarze“ getroffen?

Es dürfte unsere Mitglieder interessieren, welche Antwort der „Zimmerer“, Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, auf unsere in Nummer 43 der „Baugewerkschaft“ an ihn gestellten Fragen findet. Ganz besonders im Hinblick auf die gegen uns erhobenen Angriffe und Verleumdungen. Wer solche so fest, ja eigentlich frivol erhebt, wie das der „Zimmerer“ getan, für den sollte es doch ein leichtes sein, gegnerische Angriffe mit Eleganz und Wucht niederzuschlagen, zumal wenn sie von einem „Stern“, als den er sich allerdings nur selbst schätzt, ausgehen. Gemacht! Wir werden heute zeigen, wie sich der „Zimmerer“ mit Grazie in den — Dreck gesetzt hat. Zur besseren Würdigung setzen wir unsere an genanntes Organ gestellten Fragen noch einmal hierher. Wir schreiben:

Gibt es nicht eine Arbeiterorganisation im deutschen Baugewerbe, die den übrigen Bauarbeiterorganisationen irgendwelcher Richtung bei ihren Maßnahmen fortwährend Knüppel zwischen die Beine wirft, die aber trotzdem in der glücklichen Lage ist, deren Errungenschaften ohne größere Opfer einzusteden? Gewiß gibt es die, und das ist der sozialdemokratische Zimmererverband. Wir wollen ihn darob nicht mit einer Schmarotzerpflanze vergleichen. Aber einige Fragen wollen wir dem „Zimmerer“ vorlegen:

1. Wer hat den Maurern und Bauhilfsarbeitern im Jahre 1908 den Kampf in Posen erschwert und den Erfolg beeinträchtigt? War das nicht der „freie“ Zimmererverband durch seinen abweichenden Beschluß?
2. Lautete die Forderung des Zimmererverbandes bezügl. der Arbeitssitz im Mitteldeutschen Vertragsgebiet bei der verflochtenen Lohnbewegung nicht anders als wie die der Maurer und Bauhilfsarbeiter?
3. War das nicht ebenso in München?
4. War es nicht auch ein Vertreter des Zimmererverbandes, der bei den Verhandlungen in Mitteldeutschland erklärte, daß er „auf das Wort tüchtig einen allzu großen Wert nicht lege“?
5. War es nicht der Zimmererverband, dem gemeinsame Verhandlungen mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern nicht erwünscht waen? Wohl in der geheimen Absicht, diese in das Feuer gehen zu lassen, um dabei den Klagen zu spielen?
6. War es nicht der Zimmererverband, wegen dessen sonderbaren Auffassung über die zu übende Solidarität bei dem letzten großen Berliner Kampf verschiedene Sitzungen sich damit befassen mußten? Waren es nicht Vertreter der übrigen sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände, die u. a. sagten: „Die Stellung der Zimmerer hat den aller schlechtesten Eindruck gemacht, es muß so scheinen, als wenn Einigkeit überhaupt nicht mehr besteht.“ — „Auf einzelnen Bauten haben selbst Zimmerleute erklärt, daß sie der Vorstand an der Ausübung der Solidarität hindert.“ — „Die Vorstände der Zimmerer wollen keine Solidarität.“ — „Jetzt herrscht eine Wellkommenheit, die heftigst wirkt, wenn man die widersprechende Resolution der Zimmerer liest.“ — Wenn die Zimmerer die Solidarität nicht anders auffassen, wie jetzt, dann sagen wir unseren Kollegen, daß sie arbeiten können, wo sie wollen. Von uns wird die Solidarität anders aufgefaßt, wie von den Zimmerern.“

Sind die Verträge der Zimmerer in Sachen nicht alle beidemale unter dem Einfluß der von uns (dem christlichen Bauarbeiterverband) geführten Kämpfe, die weit über 100000 Mark erforderten, abgeschlossen worden? Haben wir nicht in Verbindung mit dem „freien“ Maurerverband noch in diesem Jahre den bereits verlorene „Generalstreik“ der Zimmerer in Ober-Schlesien gerettet? Verhüt die Möglichkeit der Arbeitslosenunterstützung des Zimmererverbandes nicht zu einem großen Teil auf der Tätigkeit der übrigen Bauarbeiterorganisationen?

Und was hat der „Zimmerer“ auf diese Anfragen bzw. Anklagen zu erwidern? Man höre:

„Der im „Zimmerer“ Nr. 41 erschienene Artikel „Der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und die Menschlichkeit“ hat ins Schwarze getroffen. Das Organ jenes Verbandes ist rasend darüber, daß sein Verband „von den kommenden Tarifverhandlungen und von dem Verträge selbst“ ausgeschlossen werden soll. Es bestätigt damit die Ueberzeugung, daß der

„Gründliche“ Bauhandwerkerverband und seine Vertreter nur durch den Schein von Arbeitervertretungen gewinnen, wenn sie von den freien Gewerkschaften an die Hand genommen werden.“

Ist das alles? Ja, das ist alles! Erbärmlich! Niedertracht und Feigheit sind hier vereint. Und auch das Lächerliche fehlt nicht. Wir schreiben in unserem Artikel „Wir deutschen Zimmerer“:

„Für alles, was er redet und tut, verlangt er Anerkennung selbst für seine größten Tugenden und Pflichten — nach seiner Meinung allerdings der Ausfluß höchster Weisheit.“

Haben wir etwa unrecht gehabt? Während vernünftige Menschen das hilflose Gesannmel im „Zimmerer“ als solches erkannt, — es ist ja zu durchsichtig — meint er, er habe — — „ins Schwarze“ getroffen. Unser Bellsch! Er verdient es wirklich.

Aber vielleicht beantwortet der „Zimmerer“ unsere Fragen noch. Da wollen wir ihm gleich noch eine hinzustellen, um deren Beantwortung er sich besonders bemühen dürfte, denn es handelt sich doch hier um einen Verband, der nicht „offen! als Helfer der Unternehmer“ in Betracht „kommt“. Der „Grundstein“ schreibt in seiner Nummer 44 u. a.:

„Das Verhalten der Zimmerer während dieses diesjährigen Streiks in Welbert, Königsheide und Heiligenhaus, sowie auch jetzt während unserer Sperrre über die Lungenheilstätte in Ayrath fordert vom Standpunkte unserer gemeinschaftlichen Interessen zur schärfsten Kritik heraus. Während sich hier die Maurer und Bauhilfsarbeiter in erwünschtem Kampfe mit einem rüstständigen Unternehmertum und den Streikbrechern herumschlagen, sehen unsere Kameraden Zimmerer mit beschränkten Armen zu. Am Schulneubau in Heiligenhaus, wo die Maurer sämtlich streikten, wäre die italienische Streikbrecherkolonne sehr bald fertig gewesen, wenn nicht organisierte Zimmerleute zuerst die Baustelle umgeben und später auch das Dach fertiggestellt hätten. Diese Kameraden waren es auch, die dem Unternehmer Beder in Welbert während des Streiks das Dachwerk auf einem großen Schulneubau herstellten, desgleichen auch dringende Arbeiten an einem Saal in der Poststraße. Beim Unternehmer Kellner in Welbert hätte der Polier die Arbeit für fünf Bauten allein machen müssen, wenn die Zimmerer gestreikt hätten. An dem Wirtschaftsneubau Kipperbusch, der um jeden Preis beschleunigt werden mußte, wurde alle Zimmerarbeit von Organisierten gemacht. Unsere Kollegen hat die Handlungsweise der Zimmerer sehr verdrossen, und wir können auch heute noch nichts anderes sagen, als daß die Zimmerleute die Solidarität verletzt haben. Die Arbeiterchaft Welberts, hauptsächlich Metallarbeiter, sah mit großem Interesse auf unsere Bewegung, die in ihrem Anfange durchaus günstig stand. Die Zimmerleute sagten selbst, daß sie sich wie Streikbrecher vorfänden, und in Heiligenhaus haben in der Tat einige jüngere Zimmerer die Arbeit verweigert, sie wollten dem Italienergefeind keine Waffen legen. Über von der Leitung in Düsseldorf wurden diese solidarischen Regungen erstickt. Der Bezirksleiter Jansen sagte die ganze Situation in den Satz zusammen: Wo haben denn die organisierten Maurer schon mal die Arbeit niedergelegt, wo arbeitswillige Zimmerleute waren? Also Jansen sagt die Sache so auf, als ob die Zimmerer den Maurern eine kleine Gefälligkeit erweisen sollten. Nein, um ihrer selbst willen sollten sie mitun. Rehnlich so wie in den genannten Orten, in denen wir streikten, liegt es zurzeit in Ayrath. Unsere Kollegen verlieren sämtlich, ihrer 30, den Neubau der Lungenheilstätte, um dort den Elberfelder Tarif zur Anerkennung zu bringen. Es ist dies ein größerer Neubau, er liegt unweit Bohlwinkel und es arbeiten dort nur Bohlwinkel und Elberfelder Kollegen. Die Kollegen muß an jeden Tag die Bahn benutzen, und so ist es doch begreiflich, wenn sie verlangten, daß hier wie in Bohlwinkel und Elberfeld um 7 Uhr angefangen wird usw. Die Hände der Maurer, der Hilfsarbeiter sowie auch der Christlichen, die in Welbert gemeinsam streikten, waren sich auch hier in ihren Maßnahmen einig. Nur den organisierten Zimmerleuten war die Sache nicht klar. Es gingen Zimmerleute nach Elberfeld zum Vorstand und legten ihm die Sache klar, dieser verließ sie nach Düsseldorf, und es bleibt alles hübsch beim alten. Der Firma Böhler & Reiche aus Gnan gelang es mit wechselndem Glück, italienische Streikbrecher zu bekommen, einmal sogar 60 Mann. Die Mehrzahl zog bald wieder ab, zurzeit sind noch sieben Mann da. Die Zimmerleute haben während unseres jetzt schon elf Wochen dauernden Streiks permanent gearbeitet. Es sind jetzt neun organisierte Zimmerer dort beschäftigt und keine unorganisierten. Der Stundenlohn beträgt 50 bis 54 Pf.; während im nahen Bohlwinkel 60 Pf. gezahlt werden. Hätten hier die Zimmerleute mit uns gemeinsame Sache gemacht, so hätte die Firma bald kapitulieren müssen. Diese Handlungsweise der Zimmerer geht zu einer Zeit, wo in allen Zeitungen Zimmerleute gesucht werden.“

Der „Grundstein“ fragt, hatten die Zimmerer nicht das gleiche Interesse an der Bewegung in diesen Orten, da sie doch die gleichen niedrigen Löhne hatten? Gewiß hatten sie das! Aber wenn die Verbände der Maurer

und Bauhilfsarbeiter und die Christlichen die Pastanien aus dem Feuer holen, kommt der Zimmererverband billiger zu seinen Erfolgen, und darauf kommt es ihm an. Deshalb preist er sie aber nicht weniger an. Würde der „Zimmerer“ nicht an lächerlicher Verblendung leiden, hätte er anstatt gegen uns mit einigen Umfahrungen von sich selbst schreiben müssen:

„Das klingt wie bitterer Hohn, wenn man die Rolle kennt, welche Vertreter des „freien“ Zimmererverbandes bei Tarifverhandlungen spielen. Wenn sie dabei überhaupt als Vertreter erscheinen, so ist dies nur möglich durch Zusammengehen mit den übrigen Gewerkschaften. Wo sie von diesen nicht an die Hand genommen werden, erscheinen sie offen als Helfer der Unternehmer und stehen auf deren Seite. Das kann uns nichts schaden, sondern macht es erst möglich, die Arbeiter über die Rolle aufzuklären, welche „freie“ Zimmererführer spielen. Wo diese von den übrigen Gewerkschaften an die Hand genommen werden, wie bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1908, da können sie die Stokkraft der Arbeiter und scheuen, wie die Beispiele in Rheinland und Westfalen zeigen, selbst vor schlimmen Sachen nicht zurück. Der „freie“ Zimmererverband trägt also nicht daran die Schuld, daß in letzter Zeit die Tarife erhöht sind, sondern daran, daß sie nicht genug verbessert werden konnten. Und vorwärts wird es erst dann in gewünschter Weise gehen, wenn der „freie“ Zimmererverband oder wenigstens einige seiner Führer verschwunden sind. Sie können aber nicht verschwinden, sie werden hingegen gehalten, solange sie nicht von allen übrigen Gewerkschaften fallen gelassen werden.“

Das wäre „ins Schwarze“ getroffen gewesen.

Inzwischen können wir mitteilen, daß die „freie“ Zimmererleitung in Berlin auf Anweisung von oben das Zusammenarbeiten mit uns bereits abgelehnt hat. Das ist der erste Schritt des sozialdemokratischen Zimmererverbandes, um das Tarifmonopol im Zimmerergewerbe an sich zu reißen. Werden die christlichen Zimmerer sich das bieten lassen? Für die übrige Bauarbeiterschaft wäre das geradezu ein Unglück.

Rundschau.

Note Zimmereragitation. Einen interessanten Einblick in die Agitationsweise sozialdemokratischer Zimmereragitatoren bietet ein im Breslauer Bezirk an die Zimmerer versandtes Rundschreiben folgenden Inhalts:

„An die Zimmerer von Ramsau u. Umgegend. Kameraden, in letzter Zeit versucht man hier am Orte vor Zeiten dem sich Christlich nennenden Verbände für Bauarbeiter, die Zimmerer als Mitglieder hinzuzufügen. Es ist ja bekannt, daß die Zimmerleute von ganz Deutschland es ablehnen, sich mit **allerhand** Arbeitern welche dem Zimmerberuf vollständig fernstehen Vermenge zu lassen, u. noch zumahl wie es im obigen Falle ist, von Leuten leiten lassen u. führen, welche vom Zimmerberuf u. dessen Arbeiten keine blasse Ahnung haben. Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit, was haben denn die Führer dieser Christenbewegung kürzlich im Reichstage getan, sie haben sämtlich dafür gestimmt, daß dem Zimmermann das Bier, die Zigarette, die Bimshölzer, der Schnaps u. anderes mehr verteuert wurde, ja dafür gestimmt, daß der Arbeiter überhaupt noch höhere Steuern bezahlen muß, ihnen allein haben wir unsere verpörrte Lebensweise zu verdanken, solchen Führern müßte die Schandrote ins Gesicht steigen, wenn sie auf solche Taten noch den Mut haben die Zimmerer als Mitglieder zu gewinnen. In einem solchen Verbände kann ein Zimmerergeselle seine beruflichen Interessen nicht vertreten finden. Daher ergeht der Ruf an unsere Kameraden, abseits von solchen Organisationsgebilden, und soweit man sich in Unkenntnis dieses Treibens bewegen ließ, Mitglied dort zu werden, da muß es heißen, auch keinen Pfennig Verbandsbeitrag vom heutigem Tage ab mehr für solche Lebensmittelveureuer, sondern für die Zimmerer auch hier am Orte, ist allein maßgebend der Verband der Zimmerer Deutschlands.“

Die Gauleitung v. Schmidt.
Breslau VIII, Klosterstraße 94 II.

Im Schimpfen und Schwindeln hat es der Musje Schmidt nach diesem zu urteilen, ja schon weit gebracht; nur mit der Orthographie sieht es schlecht bei ihm aus, auch der Satzbau wirkt nicht angenehm auf den Leser. Er täte daher besser, er ginge noch einmal unter die Schuljungen. Mehr Verständnis scheint er in „Wirklichkeit“ für das „Bier“, die „Zigarette“ und den „Schnaps“ zu haben. Zum mindesten plagt ihn eine „blasse Ahnung“ davon. Wir nehmen ihn daher seine Schreibereien nicht für übel. Der Mann plagt sich anscheinend unabhängig, wenn es trotzdem nichts mit ihm ist — dagegen ist kein Kraut gewachsen.

Werkwürdig klingt das mit den „allerhand Arbeitern“. Aber wo bleibt da die Logik der sozialdemokratischen Arbeiterverbrüderung, das Streben nach dem Zukunftsstaat, in dem doch alles ein Herz und eine Seele sein soll? Schmidt, Schmidt, laß dir dein Lehrgeld wiedergeben.

Der Bergarbeiterstreik im Mansfelder Revier zeigt wieder einmal, daß an manchen Regierungsstellen in Preußen nicht der richtige Mann steht. Der Streik entwickelte sich bekanntlich wegen Kündigung von einigen 50 organisierten Bergarbeitern, wegen deren Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Bergarbeiterverband. Die freikonserervative „Post“ schreibt zu dem Vorgehen der Mansfelder Bergwerksdirektion:

„Für Mansfeld, wo ein einziger Arbeitgeber in Betracht kommt, hat eine gewerkschaftliche Organisation, man mag sonst über diese denken, wie man will, jedenfalls keinenlei Zweck. Die Mansfelder Gewerkschaft hat stets darauf gehalten, daß sie mit ihrer Verlagschaft in Frieden und Einvernehmen bleibe, und deshalb ist Agitatoren stets gekündigt worden. Das ist das Recht jedes Unternehmers.“

Das ist der brutale Unternehmerstandpunkt, der sich über die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter dank eines unzulänglichen gesetzlichen Schutzes und einer sonderbaren Rechtsprechung glatt hinwegsetzt. Aber dann auch haben die Arbeiter das Recht, sich dagegen zu wehren, denn wir leben nicht mehr zur Zeit der Sörigkeit. Und das taten die Mansfelder Bergarbeiter, die von einer berechtigten Empörung über die Mißachtung ihrer Rechte ergriffen wurden. Gleich einer Lawine schroß die Arbeiterkündigung an. Und als nun einige unbedeutende Kravalle sich ereigneten, hatte die Regierung nichts eiligeres zu tun, als eine große Masse Militär in das Auslandsgebiet zu requirieren, dem sogar Maschinengewehre beigegeben wurden. Was denkt sich denn eigentlich die Regierung dazu? Daß Ordnung und Sicherheit herrschen müssen ist selbstverständlich, aber dazu bedurfte es keines Militärs. Muß das nicht geradezu erbitternd auf die Arbeiter einwirken, die im Kampf um ihr gutes Recht mit einem brutalen Unternehmertum liegen? Und für diese auf Kosten der betreffenden Gemeinden, wozu also die Arbeiter selbst noch beisteuern müssen, einen so weitgehenden Schutz? Das schönste ist, daß die Bergwerks-Gesellschaft das Militär gar nicht selbst verlangt hat. Man sollte meinen, der betreffende Regierungsvertreter sei von allen guten Göttern verlassen gewesen als er genannten Befehl erteilte. Damit erzieht man sich keine lokalen Bürger. Viel angebrachter gewesen wäre ein offenes Mißbilligen des Vorgehens der Mansfelder Bergwerks-Gesellschaft durch die Regierung, da es sich um einen Kampf für die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit handelt.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe. Die Verhandlungen im Malergewerbe zwecks Abschluß eines Tarifs für das ganze Reich werden am Freitag den 5. November unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen, Gerichtsrat Dr. Schulz (Berlin), Dr. Brenner (München) und Amtsrichter Dr. Wohlen (Hamburg) im großen Saal des Berliner Gewerbegerichts beginnen. Von den Arbeitgebern nimmt der Deutsche Arbeitgeberverband für das Malergewerbe an den Verhandlungen teil. In Hilfenorganisationen beteiligen sich der Verband der Maler Deutschlands, der christliche Malerverband und der Hirsch-Duncker-Gewerbeverein. In Betracht kommen etwa 32 000 Malergehilfen. Sämtliche größeren und mittleren Städte Deutschlands sind an den Verhandlungen beteiligt, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob eine friedliche Regelung erfolgt.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter soll in der diesjährigen Parlamentsperiode den in Betracht kommenden Behörden und Parlamenten in einer umfangreichen Denkschrift, die reichhaltig statistisches Material enthält, dargelegt werden, um die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnerhöhung für diese Arbeiterkategorien zu begründen. Um die Vorarbeiten dazu tätigen zu können, hat der Zentralverband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter Laufende von statistischen Fragebogen ausgegeben. Dieselben sind nicht nur an Eisenbahneragenten, sondern auch an Zahlstellen der anderen Berufe, wie auch an die konfessionellen Arbeitervereine verandt worden. Der Eisenbahnerverband richtet nun an die in Betracht kommenden Funktionäre die dringende Bitte, ihm bei dieser wichtigen Aktion tatkräftig an die Hand gehen zu wollen.

Ueber einen eigenartigen Boykott berichtet die „Nationalzeitung“:

„Wie im letzten Wahlkampf, wollten die Nationalliberalen auch diesmal einige Autonomie mit Plakaten: „Wählt nationalliberal“ durch die Straßen fahren lassen. Die Wagen waren gemietet, der Eigentümer der Wagen mit dem Vorhaben einverstanden, die Plakate beschafft. So weit war alles in Ordnung; als nun aber die Plakate an die Wagen befestigt werden sollten, erklärten die Wagenführer: „Nein mit solchen Plakaten fahren wir nicht, das könnte der Sozialdemokratie schaden.“ Eine Rückfrage an den Eigentümer der Wagen, einen gewerkschaftlichen Unternehmer, ergab noch Erklärlicheres. Sämtliche Wagenführer des Unternehmers irren, um von ihm die Zurückziehung der Zustimmung zu der Anbringung nationalliberaler Plakate an die Wagen zu erzwängen. Das nationalliberale Parteibureau trat mit den Erzwängern in Verbindung, wurde aber die Vertrauensmänner der Gewerkschaft gewiesen. Als dann die Nationalliberalen auf die Erfüllung des Vertrages durch den Unternehmer berichtigten, wurde der Streik bei beendigter erklärt.“

Altern des Betons.

Nachdruck verboten.

Prof. C. Bach in Stuttgart stellte vor einigen Jahren Versuche an, um die Frage zu entscheiden, ob die Aufbereitung des Betons mit größerem oder geringerem Wasserzusatz praktischer ist. Es bestanden damals eine Meinungsvielfachheit unter den Betonfachmännern, indem eine Partei für plastischen, d. h. stark wasserhaltigen, die andere für erdfeuchten, d. h. schwach wasserhaltigen Beton plädierte. Es wurden an zwei verschiedenen Stellen, also von verschiedenen Arbeitern, viele Probekörper angefertigt und Prof. Bach zugesandt. Vom Umfang der Versuche kann man sich ein ungefähres Bild machen, wenn man bedenkt, daß alle Probekörper rund 90 000 Kilogramm wogen und die Versuche sich auf einen Zeitraum von vier Jahren erstreckten. Die Festigkeitsproben wurden im Alter von 28 Tagen, 100 Tagen, 1 Jahre, 2 Jahren und 1/2 Jahren wiederholt, um den Einfluß des Alters bei verschiedenen Wasserzusätzen festzustellen.

Die Versuche ergaben jedoch mit Hinblick auf den Wasserzusatz ein unbestimmtes Resultat, welches für die Praxis wohl einen Fingerzeig gibt, auf die Wahl des Wasserzusatzes jedoch nicht von so entscheidendem Einfluß sein konnte, daß man zur Festlegung bestimmter Normen hätte schreiten können. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die geringste Wassermenge, die gerade noch groß genug ist, um einen Stampfbeton zu liefern, auch die größte Festigkeit zu erzeugen gestattet. Es besteht jedoch die Gefahr, daß beim Anstreben dieses minimalen Wasserzusatzes der Beton nicht in seiner ganzen Masse

gleichmäßig durchtränkt wird. Diese Gefahr wird nur durch Behandlung des Betons von äußerst geschickten Aufbereitungsarbeitern beseitigt, und wenn diese Voraussetzung nicht gemacht werden kann, empfiehlt sich die Wahl eines stärkeren Wasserzusatzes, obgleich der Ueberfluß an Wasser eine ungünstige Beeinflussung der Festigkeitseigenschaften bedingt. Uebrigens kann der theoretisch ermittelte minimale Wasserzusatz in der Praxis auch deshalb nicht stets angestrebt werden, da die Bestandteile des Betons, die Verschalungshölzer und die Atmosphäre eine variable Feuchtigkeit aufweisen, auf welche immer Rücksicht genommen werden mußte.

Prof. Bach vergleicht die hierbei auftretenden Verhältnisse mit denjenigen der industriellen Feuerungen. Zur Verbrennung einer bestimmten Brennstoffmenge von gegebener Qualität ist ein bestimmtes Minimalquantum an atmosphärischer Luft erforderlich. Wird mehr Luft zugeführt, so entsteht ein Wärmeverlust dadurch, daß der Luftüberfluß ungenutzt auf die Temperatur des Verbrennungsraumes erwärmt wird. Noch größer wäre aber der Verlust, wenn man zu wenig Luft zuführte, denn durch die hierbei erfolgende unvollkommene Verbrennung des Kohlenstoffes tritt ein bedeutend größerer, direkter Ausfall an erzeugter Wärme ein. Man zieht daher vor, um die minimale Luftmenge sicher nicht zu unterschreiten, mit einem gewissen Luftüberfluß (etwa 30 Prozent) zu arbeiten.

Die Vorichtsmaßregel, den Beton mit einem Wasserüberschuß anzubereiten, ist natürlich viel wichtiger, als die Wahl des Luftüberflusses bei Feuerungen, denn es handelt sich dabei nicht nur um die Vermeidung eines

vorübergehenden Verlustes, sondern um die Sicherung des Gelingens der Arbeit überhaupt.

Die genannten vergleichenden Versuche, die natürlich große Geldopfer erforderten, sind in den letzten Jahren fortgesetzt worden, so daß auch an sechs Jahre alten Probekörpern noch Festigkeitsproben gemacht werden konnten. Es zeigte sich hierbei, daß nicht nur in der ersten Zeit nach dem Setzen des Betons die Festigkeit desselben steigt, sondern daß selbst im sechsten Jahre noch eine deutliche Zunahme der Festigkeit gegen Druck stattfindet.

Die Hauptzahlen der Versuche sind nach der „Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure“ in folgender Tabelle zusammengestellt:

Betonmischung	Im Alter von				
	28 Tagen	100 Tagen	1 Jahr	2 Jahren	6 Jahren
a	284	350	416	467	537
b	813	357	458	498	572
c	268	348	418	478	561

Die Mischungen waren alle mit einer Mischmaschine aufbereitet, und zwar mit folgender Zusammenfassung:

Mischung a: 1 Raumteil Zement, 2,5 Sand, 1,75 Feinties, 3,5 Grobshotter, 5,7 % Wasser.

Mischung b: 1 Raumteil Zement, 2,5 Sand, 2,25 Feinties, 3,0 Grobshotter, 3,5 % Wasser.

Mischung c: genau wie Mischung b, jedoch mit einer etwas geringeren Zementforte.

Darüber regt sich eine Anzahl bürgerlicher Blätter auf, auch solche, die der Sozialdemokratie sehr nahe, oder doch wenigstens deren Gewerkschaftsbewegung sehr freundlich gegenüberstehen. Sie nennen das Verhalten der Wagenführer eine grobe Ungehörigkeit; hier gelte: so lange der Chauffeur im Dienst ist, hat er ein Amt und keine Meinung. Die Konsequenzen eines solchen Verhaltens wären geradezu unmaßbar und dürfte es der sozialdemokratischen Partei am peinlichsten sein, daß die Wagenführer sich auf ihre Gewerkschaft berufen hätten. Diese nativen Leute! Uns sollte es allerdings nicht wundern, wenn die Sozialdemokratie nachträglich ihr Bedauern über dieses Vorwissen ausdrückt, aber bei der nächsten Gelegenheit wird sie ein gleiches Verhalten ebenso schmerzhaft einsehen, wenn es ihr Vorteil bringt. Und danach kann man ja wiederum „bedauern“. Das Ganze ist der Ausfluß der Verbindung zwischen „freier“ Gewerkschaft und Sozialdemokratie. Diese Leute können nach ihrer „Erziehung“ und Denkart nicht anders. Wie oft haben wir schon darüber berichtet, daß bei Wahlen wichtige Druck-sachen die Sozialdemokratie eher in den Händen hatte als der bürgerliche Besteller. Und wenn das allgemein noch nicht schlimmer geworden ist, so liegt das an der immerhin noch bestehenden Schwäche einzelner Organisationen und an den anders gerichteten Konkurrenzverbänden. Und auch dieser Umstand beweist die Notwendigkeit der politisch neutralen christlichen Gewerkschaftsbewegung. Allerdings liegt eine gewisse Ironie insofern darin verborgen, als Arbeiter, denen man die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte auch heute noch fortwährend streitig macht, als Beschützer der nämlichen Rechte für die bürgerliche Gesellschaft angesprochen werden müssen.

Unangebrachte Schandenfreude zeigt wieder einmal die sozialdemokratische Presse über ein von dem Großherzoglich-badischen Gewerkschaftsinspektor, Regierungsrat Dr. Wittmann, gegen den Beamten des christlichen Metallarbeiterverbandes Engel aus Anlaß des Streiks in Wadisch-Weinfelden veröffentlichtes Schreiben. Wenn das in dem Schreiben behauptete zutrifft, daß Engel entweder nicht geistig klar oder frivoll mit der Wahrheit umspringe, dann wird der christliche Metallarbeiterverband wohl mit ihm fertig werden. (Wie die sozialdemokratische Presse inzwischen selbst mitteilt, ist Engel bereits seines Amtes enthoben.) Und dem haben wir nicht vorzugreifen. Wie wenig Anlaß aber die Sozialdemokratie hat, über den „dreifachen Christ“ Engel zu moralisieren, geht aus einer Notiz der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ (Nr. 44) deutlich hervor. Da heißt es unter der Überschrift „Zweierlei Moral“:

„Vor einiger Zeit hatte eine Anzahl sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamter in Berlin eine gemeinsame Sitzung mit einer Anzahl Arbeitgebervertreter zum Abschluß eines Tarifvertrages abgehalten. Als nach Beendigung der Sitzung alles den Heimweg antrat, ließ, so berichten die „W. N. N.“, aus Versehen einer der Arbeitgebervertreter seine Aktenmappe liegen. Einer der Subalternbeamten ergriff die Mappe, ließ den Davongehenden nach und fragte sie, ob sie vielleicht die Mappe vergessen hätten. „Ja, ich“, erwiderte einer der sozialdemokratischen Verbandsbeamten, nahm die Mappe an sich und ging seiner Wege. Den nächsten Morgen schickte er sie mit der Entschuldigung, daß er sich geirrt habe, an den Eigentümer zurück. In der folgenden gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeiter- und Arbeitgebervertreter kam der Fall zur Sprache. Der sozialdemokratische Verbandsbeamte suchte sich durch Ausflüchte herauszureden, wurde aber durch den herbeigeeiferten Subalternbeamten tüchtig gestraft. Die Arbeitgeber sagten dem Genossen direkt ins Gesicht, daß er den vertraulichen Inhalt der Aktenmappe während der Nacht habe abschreiben lassen. Außerdem wurde ein Beschluß herbeigeführt, wonach es die Arbeitgeber ablehnten, mit dem Manne weiter zu verkehren. Obgleich nun mehr als ein Jahr seit diesem Vorfall verstrichen ist, ist der Herr heute noch Berliner Vertreter seiner Gewerkschaft und hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei.“

„Man vergleiche hiermit die moralische Entrüstung der sozialdemokratischen Presse, so schreibt mit Recht die „Rh.-Westf. Arbeiterzeitg.“, wenn sie einem nichtsozialdemokratischen Kolliker einen Vorstoß gegen die Regeln der strengsten Moral nachweisen zu können glaubt. So handhabt die Sozialdemokratie zweierlei Moralbegriffe: Der eine, der nur auf die eigenen Genossen angewandt wird, ist so weitherzig, daß sich nur höchst selten ein Genosse in seinen Mäxchen fangen kann. Um so strenger ist dafür der Maßstab der Moral, der an Nichtsozialdemokraten angelegt wird. Die sozialdemokratische Götin der Gerechtigkeit hat keine Binde vor den Augen; sie sieht sich ihre Leute an, ehe sie urteilt.“

Wer will eine Krankenkasse kaufen? So viel schon über unsolide Krankenkassen geschrieben worden ist und so oft schon vor ihnen gewarnt wurde, es zeigen sich doch immer wieder Erscheinungen auf diesem Gebiet, die zeigen, daß hier die Gesetzgebung Änderungen treffen muß. Das neueste ist, daß im Ammonienfeld einer großen süddeutschen Tageszeitung unter einer Überschrift eine Krankenkasse zu verkaufen gesucht wird und zwar für den Preis von 60 000 M. Nach den gemachten Angaben soll die Krankenkasse jährlich einen Zuwachs von 180.0 Mitgliedern haben und dem Direktor ein Reineinkommen von 12 000—15 000 M. sichern. Deutlicher kann es gar nicht gemacht werden, daß viele der privaten Krankenkassen nur eine Einrichtung für Laie und Spekulanten sind. Bedauerlich ist es, daß viele dieser unsoliden Krankenkassen immer noch einen starken Zuspruch finden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Rügge (Sperrre über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Neustadt i. W. (Sperrre über die Firmen Petermann, Bloß, Hinz, Renz und Geiger), Glas, Vingen (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Berlin (Hilfenleger, Differenzen mit den Subalternbeamten), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Brüssel (Belgien) Stultzeure, Bochum, Sperrre über die Firma Wäcker. Zugang ist ferngehalten.

Bezirk Bochum.
Bochum. Ueber die Bauten der Firma G. Wüster wurde von allen in Frage kommenden Organisationen die Sperrre verhängt, weil W. am letzten Jahrtag den Lohn für die beschäftigten Bauarbeiter nicht zahlte. W. ist ein sogenannter Strohhalm, der nur mit dem Gelde des Bauherrn arbeitet. Letzterer will aber dem W. das Geld für die Löhnung verabsolut haben. Der Zugang ist somit ferngehalten.

Bezirk Köln.
Brüssel (Belgien). Bei der Firma Rogge u. Co. an den Bauten der Ausstellung zu Brüssel sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma Rogge u. Co. hat Leute angeworben, zählt jedoch nur 60 bis 65 Cent. Die Kollegen, meist Deutsche, haben daher die Arbeit eingestellt. Vor Zugang wird gewarnt.

Verbandsnachrichten.

Andernach. Am 17. Oktober fand hier unsere gemeinschaftliche Herbstversammlung der Zahlstellen statt. Die Kollegen von den Zahlstellen Andernach, Ramechy und Nickenich

waren ziemlich zahlreich erschienen. Die Kollegen von Eich glänzten alle, mit einigen Ausnahmen, durch Abwesenheit. Das Zufolgebleiben gerichtete den Kollegen nicht zum Unheile. Weil die Versammlungen nicht genügend besucht werden, ist es zu verstehen, daß Kollegen allerlei unter sich kritisieren, aber über das ganze Organisationsverhältnis nicht unterrichtet sind. Würden die Kollegen alle genügend aufgeklärt sein, hätten die Mißstände bei der Firma Groth & Ling nicht entzweigen können. Die Tagesordnung war sehr umfangreich. Kollege Lange hielt einen interessanten Vortrag über die in Münster stattgefundene Generalversammlung und die bevorstehende große Lohnbewegung. Die Ausführungen haben zweifellos das Interesse an der Organisation gefördert. Bezüglich des Tarifablaufes für Andernach führte Kollege Lange an, daß der Andernacher Arbeitgeberverband dem Coblenzer Bezirksverbande angeschlossen sei. Dieser gehöre wieder dem Verein der Arbeitgeberverbände von Rheinland und Westfalen an. Man werde gut tun, die erpfl. Verhandlungen, die in Berlin stattfinden, abzuwarten. Eine Einigung erfolgte dahin, die im nächsten Monat stattfindende Verhandlung über das allgemeine Vertragsmuster abzuwarten. Dann soll eine gemeinsame Sitzung aller Vorstandsmitglieder der einzelnen Zahlstellen zunächst zu der Lohnforderung Stellung nehmen. In einer weiteren gemeinsamen Versammlung soll dann endgültig Beschluß gefaßt werden. Die Wahl eines Zahlstellenassistenten wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt, da der Hauskassierer die Mitglieder pünktlich bedient und eine Hilfe vorläufig nicht drängt. Es wurde angeregt, auf jeder Baustelle einen Baudelegierten zu wählen. Dem wurde allgemein zugestimmt. Eine Anfrage, ob jedes Mitglied verpflichtet sei, die 10 Pf. für Winteragitation zu geben, wurde wie folgt aufgeklärt. Die 10 Pf. Winterbeitrag sind für die Kosten der Agitation bestimmt. Der Beschluß wurde im vorigen Jahre auf der Bezirkskonferenz einstimmig gefaßt. Laut Statut sind die Beschlüsse der Bezirkskonferenzen für alle Mitglieder verbindend. Wer diese Marken nicht entrichtet, kommt mit dem Anrecht auf Unterkünstungen in Verzug, da dann der Stempel „Verpflichtung erfüllt“ verweigert werden muß. Die bezügliche Stempel, so wie keine Stempel für die Zahlstellen sollen angefertigt werden. Zur Errichtung eines Gewerbegerichtes wurde eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt. (Geweiss-Andernach, Dormayer-Eich und Weber-Ramechy). Diese Kommission soll gemeinsam mit dem Arbeiterverein die Propaganda für die Errichtung eines Gewerbegerichtes betreiben. Eine Anregung, einen Familienabend abzuhalten, um auch die Frauen über die Organisation aufzuklären, wurde dahin geregelt, daß am Sonntag vor Weihnachten gemeinsam mit dem Konjunkturverein eine Abendfeier abgehalten wird. Für nächsten Sommer ist ein Ausflug mit den Familienangehörigen geplant. Sodann ermahnte Kollege Lange eindringlich, sich an dem in Andernach eingerichteten sozialen Unterrichtskursus zu beteiligen. Darauf schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung zur Mitarbeit die Versammlung.

Bochum. Nummehr ist es auch hier der Organisation gelungen, festen Fuß zu fassen. Am 16. Oktober fand die Gründungsversammlung statt. Kollege Sauerborn referierte über Nutzen und Wert der Organisation. Die anwesenden Kollegen folgten dem Redner mit sichtlichem Interesse. Im Einverständnis mit dem Referenten erklärten die Kollegen, es müsse endlich mit der Angstmeierei geendet und der Einigkeit der hiesigen Baugewerkschaft und Bauarbeiter das Wort geredet werden. Was die anderen Stände, Arbeitgeber, Landwirte usw., angeht, haben, welchen Wert die Vereinigung von Gleichgesinnten hat, müssen auch wir verstehen. In den Vorstand wurden gewählt: Vorsitzender H. Stolle, Bremser Thaussee, Kassierer Joh. Wüggemann, Bremer Thaussee, Schriftführer Georg Meyer, Spuhlder Thaussee, Hilfskassierer G. Eudhop. Kollegen, an uns liegt es nun, am Ausbau der Zahlstelle zu arbeiten, damit auch wir unseren Zweck erreichen. 24 Kollegen gehören jetzt dem Verbände an. Jetzt müssen die Kollegen mit aller Kraft an die Agitationsarbeit gehen. Der letzte Kollege muß dem Verbände zugeführt werden. Den säumigen und lauen Kollegen muß gesagt werden, wie verwerflich und falsch ihr Handeln ist, wenn sie sich von der Organisation fernhalten. Letzten Endes wollen sie sich auch an den Organisationsarbeiten beteiligen. Wer ernten will, muß auch säen. Das gilt besonders für die noch Fernstehenden. Auch ist es nötig, jenen Kollegen zu sagen, daß wir die Bevormundung der Arbeitgeber von uns abweisen müssen. Als freie Männer bestimmen wir selbst darüber, was wir tun und lassen wollen. Galt es mit dem Sprichwort: „Leicht ist die Schwache Kraft des einzelnen gebrochen, verdrängt die Kräfte kann man niemals unterjochen!“

Büderich bei Wesel. Am Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 11 Uhr, fand in unserem Verbandslokale bei Heids unsere außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Tagesordnung war: 1. Vorstandswahl. Aus derselben gingen hervor: Als 1. Vorsitzender Kolll. Gerh. Wüggemann, als 2. Vorsitzender Kolll. Albert Dimp, als 1. Kassierer Kolll. Heinrich Hofacker, als 2. Kassierer Kolll. Gerh. Kerckhoff, als 1. Schriftführer Kolll. Joh. Brands, als 2. Schriftführer Kolll. Gerh. Scholten, als Revisoren die Kolll. Theod. Gröning und Theod. Cornelissen. Alle Kollegen nahmen das Amt an mit dem Versprechen, in künftiger Zeit ihre Pflicht zu tun für die Organisation. Im 2. Punkt sprach Kolll. Kirchner (Oberhausen) über den stattgefundenen Verbandstag in Münster. Nach den klaren Ausführungen waren alle Kollegen sehr erregt und erklärten sich mit den dortigen Beschlüssen voll und ganz einverstanden. Im Punkt „Verschiedenes“ nahm Kolll. Kirchner eine Bürgerrezeption vor, und hatten alle Kollegen ihre Bücher in bester Ordnung, nur bei 2-3 fehlte noch ein Teil Extramarken; die Büdericher Kollegen legen Wert darauf, daß sie den Schlüsselpfand erhalten, und so werden denn hier auch sämtliche Wintermarken gelebt. In der Diskussion sprachen die Kollegen Hummer, Hofacker, Kröls und andere. Es wurde dann vom Kollegen Hofacker eine Vorstandssitzung gewünscht, welche denn auch auf den 20. Oktober festgelegt wurde. Auch wollten die Büdericher Kollegen am 21. November ein Familienfest feiern, wo kein Verbandskollege fehlen sollte. Im Schlusssatz wies Kollege Kirchner auf die kommende Zeit hin und bewies, daß es jetzt heißen müßte, den letzten Kollegen wiederzugewinnen, damit das, was zur Aufgabe gemacht sei, auch erzielt werden könnte. Um 3 Uhr fand eine Versammlung in Wesel statt, welche nicht gut besucht war; es scheint, daß die Weseler Kollegen den Ernst der Zeit noch nicht erkannt haben. Mögen sie sich doch ein Beispiel an ihren Arbeitgebern nehmen; denn die haben in der letzten Zeit in ihren Versammlungen wieder verschiedene Pläne geschmiebelt. Immerhin steht das eine fest, daß auch noch überzeugungsstrenge Kollegen dort sind, und die werden schon dafür sorgen, daß auch künftig die Sache wieder schlagfertiger wird. Kollegen von Wesel, nehmt auch ein Beispiel an euren Arbeitgebern und den Büdericher Kollegen! Also seid auf der Hut und merket neue Mitglieder!

Bezirk Danzig. Zwei Berichte des „Grundstein“ zwingen uns, einiges richtigzustellen. Der krankhafte Zustand des Berichterstatters im „Grundstein“, immer zu verdrehen und zu lügen, zeigt sich recht kraß in Nr. 40 und 42. Daß die Christlichen in Poppot den Tarif abgeschlossen haben und die Reihen der christlichen Organisation sich stark, ist ihm in alle Glieder gefahren. Der Plan war so schon ausgemalt, und nun ist alles kaput. Dies ist auch zum Ärgern. Wutentbrannt schreibt der „Grundstein“: „Müller ist mit allem, was die Unternehmer bieten, einverstanden, hält eine Versammlung ab, fährt nach Danzig und schreibt unserm Vereinsvorstand, wir haben getan, was die Unternehmer wollten: Wenn ihr wollt, dann kommt auch.“ Wenn der Berichterstatter keine Lese für so dumm einschätzt, daß sie das glauben sollen, dann steht es im punkto „Aufgeklärt“ nicht sehr glänzend bei dem

roten Maurerverband in Poppot. Die Kollegen in Poppot, ob im christlichen oder sozialdemokratischen Verbände, wissen, daß der Tarifabschluss in Poppot nicht so leicht und schnell ging, wie es im „Grundstein“ steht. Es ist dem Berichterstatter bekannt, daß die Unternehmer 3-5 Pfg. Lohn reduziert hatten und daß sie nur mit wesentlichen Verschlechterungen den Tarif abschließen wollten; auch sollte der Tarif nicht mehr am 1. April, sondern am 1. Juli ablaufen. Die Leitung des christlichen Verbandes hatte den Unternehmern erklärt, daß die Arbeiter mit Verschlechterungen niemals einen Tarif abschließen; das müßte die, den alten Vertrag auf ein Jahr zu verlängern. Nun es dem christlichen Verband gelungen ist, für die Poppoter Arbeitergewerkschaft geregelte Lohnverhältnisse einzuführen, taugt der Tarif nichts. Deshalb wurde der Arbeiterverband vorgelogen: kommt alle in den roten Verband, wenn das Kurbanz angefangen wird, streiken wir usw., dann ist mehr herauszuholen. — Doch die Kollegen wissen, daß Grünhagen beim Streiken in Poppot schlecht abscheidet. Würde er doch im Frühjahr die von ihm verhängte Bausperrre bei Witt aufheben, weil alle Sozialorganisierte als Streikbrecher arbeiteten. Auch wissen die Poppoter Kollegen, daß 1907 es sozialdemokratische Führer waren, die dadurch Verrat an der Poppoter Arbeitergewerkschaft taten, indem sie sich bei den Unternehmern 1 Pfg. billiger anboten, als wie der christliche Verband verlangte. Damit hat der sozialdemokratische Verband gezeigt, daß er für die Verbesserung der Lohnverhältnisse in Poppot noch nichts getan hat, auch nichts tut, wie neuerdings der Fall bei Köhler am Kurbanzweibau beweist. In diesem Bau arbeiten so viel rote, wie christliche Maurer. Um die Arbeit zu beschleunigen, läßt Herr Köhler 11 Stunden arbeiten. Als nun der Sonnabend kam, wurde den Kollegen erklärt, daß für die Umbauarbeiten kein Zuschlag gezahlt würde. Vom sozialdemokratischen Verband trat niemand dafür ein, daß die Arbeitergewerkschaft zu ihrem Recht kam, es war auch hier der christliche Verband, der dafür sorgte, daß Ueberstunden ohne Zulage nicht gemacht werden, und der Unternehmer mußte am Sonnabend, den 23. Oktober, den Zuschlag nachzahlen, auch den „Koten“. In Nr. 39 der „Baugewerkschaft“ wurde Grünhagen um Antwort gebeten, warum so viel sozialdemokratische Maurer als Streikbrecher nach Neustadt fahren. Darauf gibt er keine Antwort, sonst müßte er sagen, daß er nichts getan hat zur Aufklärung für seine Kollegen, trotzdem am 19. April 1907 die Arbeiter durch ein Schreiben bekannt gab, daß die Arbeitgeber in Neustadt alles aufhielten, Streikbrecher nach Neustadt zu holen und er sorgen sollte, daß von seinem Verband der Zugang ferngehalten werde. Reifowski soll nun aufgefordert worden sein, in den christlichen Verband einzutreten. Aus Angst wird er deshalb nicht ausgeschlossen, sondern mit 5 Mark Geld bestraft. Die Tatsache streitet Grünhagen ab, daß er gesagt hat: „So lange ihr nicht angehalten werdet, könnt ihr arbeiten.“ Diese Aussage hat aber nicht bloß Reifowski in Gegenwart von Zeugen bestätigt, auch die anderen Arbeitswilligen haben das getan. Nun ist es schwer zu unteruchen, vor hier am besten lügt, Grünhagen oder die Streikbrecher. Ergötzlich wirkt der Schluß des Artikels, wo Grünhagen die „Kriegsartikel“ aufstellt, nach denen wir handeln sollen. Uns wird angetragen, keine Mitglieder aufzunehmen, welche als Streikbrecher ausgeschlossen werden. Wir können erklären, daß wir sofort einverstanden sind, solche Mitglieder nicht aufzunehmen, welche durch irgendwelche Vergehen von der Organisation ausgeschlossen worden sind. Da mag mal Grünhagen in Oliva und Poppot anfragen, wie es in den Reihen der roten Maurer und Zimmerer aussieht. Wo stehen die alle, welche von uns wegen Schulden gestrichelt oder wegen Veruntreuung dem Staatsanwalt übergeben werden mußten? Die sind alle im roten Verband. Also wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Ferner wird um Antwort gebeten über ein anderes Vorwissen. Auch da können wir dem armen Manne helfen. Im „Grundstein“ steht: „Der früher christlich organisierte Maurer Vigus aus Poppot tritt zu uns über. Als der christliche Krankenkassierer Grubba dies erfuhr, rüffelt er ihm: Wenn du nicht dem christlichen Verband wieder beitreiffst, werde ich dafür sorgen, daß dir deine „Militärrente“ (soll wohl heißen „rente“) entzogen wird. Wenn du aber wieder christlich wirst, werde ich dir auch Arbeit verschaffen. Dieser Drohung hat sich Vigus gefügt. U. A. W. G.“ Wir haben sofort mit Grubba und Vigus Rücksprache genommen und teilten uns die Kollegen mit, daß dies eine große Lüge ist. Grubba hat niemals zu Vigus derartiges gesagt, um denselben in den christlichen Verband zu zwingen. Wahr ist, daß Vigus aus Ueberzeugung wieder in den christlichen Verband übergetreten ist und erklärte derselbe, dem „Grundstein“ eine Berichtung zuzusenden zu wollen. Und diesem Weg werden noch viele Arbeiter folgen, wenn ihnen die ganzen sozialdemokratischen Lügen, mit welchen seit Jahren die Mitglieder in den roten Verband gelockt worden sind, zum Bewußtsein kommen. Darum an alle christlich gesinnten Kollegen die Parole: Tretet ein in die christliche Organisation und arbeitet tatkräftig mit an der Hebung des gesamten Arbeiterstandes.

Aus der Eifel. Am Sonntag, den 17. Oktober, hielt die Verwaltschaftsstelle Gerolstein eine Versammlung in Neroth in der Wirtschaft Declair ab. Als Referent war Kolll. Day aus Eöln erschienen. Kolll. Chr. Krämer eröffnete die Versammlung und erteilte dann dem Redner das Wort. Dieser sprach in gebieterischen Worten über Wesen, Notwendigkeit, Zweck und Ziele des Verbandes. Nach der Diskussion erfolgte die Aufnahme neuer Mitglieder; fünf Kollegen ließen sich aufnehmen, so daß die Zahl jetzt 30 beträgt. Bedauerndwert ist, daß ein Dorf wie Neroth, welches ca. 50 Maurer zählt, bloß sieben Organisierte aufzuweisen hat. Bei unseren höchsten Löhnen und unregelmäßigen Arbeitszeit in der Eifel werden sie es doch einmal einsehen und werden sich hoffentlich bald in den Verband aufnehmen lassen.

Sollhaufen b. Düsseldorf. In unserer Versammlung am 23. Oktober, welche gut besucht war, hielt u. s. Kollege Lang aus Düsseldorf einen Vortrag über „Die heutige Lage des Baugewerbes und unsere Aufgaben für die Zukunft“. Redner schilderte den Ernst der Lage der Bauarbeiter. Man wisse nicht, ob die Unternehmer im nächsten Jahre einen Kriegszug gegen die Organisationen wagen würden. Wenn man die Kämpfungen der Arbeitgeberverbände b. r. Folge, so bestände wohl kaum noch ein Zweifel darüber, daß im nächsten Jahre eine Wahlprobe geliefert werden sollte. Auch der Deutsche Arbeitgeberbund habe sich jetzt dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossen. Die Unternehmer ständen heute fest geeint wie nie zuvor. Redner schilderte dann noch das unsaure Verhalten der sozialdemokratischen Verbände gegenüber den christlichen Arbeitern in bezug der Finanzreform. Anlaß in der Arbeitergewerkschaft in solchen wichtigen Situationen die uns so notwendige Einigkeit zu fördern, betrachten sie es anstehend als ihre Hauptaufgabe, die Arbeitergewerkschaft noch immer mehr zu zerstückeln. Angeichts dieser Tatsachen müßte heute mehr wie früher ein jeder seine Pflicht tun. Unermüdliche Agitation müßte betrieben werden, bis der letzte Indifferente Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes wäre. Ein müßiges Beiseitegehen dürfe es jetzt nicht mehr geben. Neßiger Versammlungsbesuch, intensives Studieren der „Baugewerkschaft“ und pünktliches Entrichten der Beiträge müsse von heute an jedem Kollegen als eine Ehrenpflicht gelten. In „Verschiedenes“ wurde das Baudelegierten- und Hauskassiererverwehen geregelt. Auf einigen Bauten hätten sich Mißstände eingeschlichen, und über die Beseitigung derselben wurde beraten. Nachdem auch der Bierkrieg noch erörtert war, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Kassel. Am 15. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Vorstandswahl. Bevor zu derselben geschritten wurde, legte Kollege Schönckes den Kollegen die Bedeutung des kommenden Jahres ans Herz; er betonte, nur solche Vorstandsmitglieder zu wählen, welche die Sache der Kollegen gut vertreten würden. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Kollege Nordmann, als 2. Vorsitzender Kollege Osburg, als 1. Kassierer Kollege Schönckes, als 2. Kassierer Kollege Gug,

als 1. Schriftführer Kollege Kollé, als 2. Schriftführer Kollege Meienleht, als Revisoren die Kollegen Strüder, Merxell und Weinrich, Beiratsmänner August Otto und Merck. Als Bibliothekar Kollege Döhring. Sämtliche gewählten Mitglieder nahmen die Wahl an. Und nun mit festem Mut an die Arbeit.

Bezirk Königsberg i. Pr. Am Sonntag, den 24. Oktober, tagte in Allenstein unsere diesjährige Bezirkskonferenz. Unsere Allensteiner Kollegen hatten keine Mühe gefunden, um den auswärtigen Delegierten den kurzen Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Festlich war das Tagungshotel ausgeschmückt; zwischen Lorbeerbäumen und Blumen war die Kaffeetische ausgestellt, die drei Säulen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter legten Zeugnis von dem regen gewerkschaftlichen Leben unserer Allensteiner Kollegen ab. Müde die Zuschauer der Fahnen „Einigkeit macht stark“ unsere ostpreussischen Kollegen stets als Motto vor Augen schweben, dann wird auch die zweite Konferenz des Bezirks reichliche Früchte tragen zum Wohle und Segen unserer Bauarbeiter. Kollege Schönckas eröffnete gleich nach 11 Uhr die Konferenz und stellte fest, daß 36 Delegierte anwesend seien, welche 1726 Mitglieder vertreten. Unter Zustimmung der Versammlung betraf Kollege Schönckas die Kollegen Marschalck, Maurer, und Großschel, Zimmerer, in das Bureau. Vom Zentralvorstand war Kollege Schmidt anwesend, welcher von den Allensteiner Kollegen auf das herzlichste begrüßt wurde. Als Gast nahm auch der Bezirksleiter des christlichen Malerverbandes, Kollege Wohlgenüht, an den Verhandlungen teil; ebenso waren eine große Anzahl Allensteiner Kollegen als Gäste erschienen. Aus dem Geschäftsbericht des Bezirksleiters ging hervor, daß trotzdem die Mitgliederzahl in Königsberg durch den Terrorismus der Sozialdemokratie erheblich gesunken sei, im Bezirk eine Mitgliederzunahme von 113 zu verzeichnen ist. Im Berichtsjahre wurden 4 Lohnbewegungen geführt, davon 3 allein und eine mit den sozialdemokratischen Verbänden. In zwei Orten mußte zum Streit gegriffen werden, wovon der eine mit vollem Erfolg, der andere ohne Erfolg endete. 1336 Mitglieder hatten durch die Organisation in diesem Jahre eine Lohnhöhung, welche denselben annähernd 42 000 M. Mehrverdienst bringt; 65 Kollegen hatten eine Verärgerung der Arbeitszeit von einer halben Stunde. Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Verbänden ist kein besseres, sondern vielmehr ein schlechteres geworden. Mit den gemeinsten und verwerflichsten Mitteln wird unsere Bewegung hier in Ostpreußen von den sozialdemokratischen Gewerkschaften bekämpft. Aber trotzdem gehts vorwärts. Auch in Allenstein haben die Genossen einen starken Vorstoß gemacht, um auch hier ihre rote Fahne aufzupflanzen. Aber schon im Vorpostengefecht schnitten sie schlecht ab und mußten das Feld räumen. Die Kassenführung in den Verwaltungsstellen ist eine bessere geworden, viel mangelt tut es noch an der geschäftlichen Leitung durch die Vorstehenden. Leider habe ich die Tätigkeit des Bezirksleiters nur auf die Erhaltung der bestehenden Verwaltungsstellen beschränken müssen. In der Zukunft müßte selbständiger gearbeitet werden, damit der Verband sich mehr ausbreiten könnte. Mit dem letzten Berichtsjahr könne man zufrieden sein, aber es hätte noch besser sein können, wenn alle Mitglieder, besonders die Vorstände, mehr mitarbeiteten. Mit einem Wehl, mehr mitzuarbeiten, schloß Kollege Schönckas seinen Bericht, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Sämtliche Delegierte erstatteten sodann den Bericht ihrer Verwaltungs- und Zahlstellen, aus denen hervorging, daß überall Begeisterung für unsere Bewegung vorhanden ist. Kollege Hallmer erstattete hierauf den Bericht von der Generalversammlung in Münster, welcher ebenso beifällig aufgenommen wurde. Kollege Schmidt hielt ein eingehendes Referat über Herbst- und Winteragitation. In 11/2 stündigem Vortrage wies derselbe nach, in welcher Weise die Agitation betreiben werden müßte, wenn dieselbe Erfolg haben sollte. Jeder Kollege sei dazu berufen, für die Organisation zu arbeiten und solle man nicht alles den Bezirksleitern überlassen. Das Frühjahr 1910 mit seiner großen Bewegung im Baugewerbe machte Kollege Schmidt zur Grundlage seiner Ausführungen. Reicher Beifall folgte diesem Vortrag. Kollege Schönckas sprach dann über die innere Arbeit in den Verwaltungsstellen. Auch in diesem Vortrage wurden den Delegierten manche praktische Winke mit auf den Weg gegeben. Als Ort der nächsten Konferenz wurde Königsberg bestimmt. Im Schlußwort dankte Kollege Schönckas den Allensteiner Kollegen für ihre Bemühungen und forderte die Delegierten auf, mit aller Kraft das Gebot in die Tat umzusetzen. Der Verlauf der heutigen Konferenz berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Mit einem Hoch auf unsere Bewegung wurde die schon in allen seinen Teilen verlaufene Konferenz um 6 1/4 Uhr geschlossen.

Lichtensack. Auf der Tagesordnung unserer Generalversammlung stand: 1. Kassenbericht vom dritten Quartal, 2. Vorstandsbericht, 3. Bericht des Revisors. Zu Punkt 1 gab der Kassierer den Kassenbericht, der von den Revisoren für richtig erklärt und dem Kassierer darauf Entlastung erteilt wurde. In den Vorstand gewählt wurden als 1. Vorsitzender Kollege Servatius Kobl, als 2. Johann Schenck; Wilhelm Feister als 1. und Hubert Kestel als 2. Schriftführer; als Revisoren Jakob Schenck und Wilhelm Schopp. Im dritten Punkt der Tagesordnung wurde die Einführung der Einheitskarte besprochen, welche von den Kollegen abgelehnt wurde. Dann wurde beschlossen, daß die Winterbeiträge wie im vorigen Jahre geregelt werden sollen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Soziale Wahlen.

Essen a. d. Ruhr. Bei der am 21. Oktober gefälligen Wählerwahl zur Essener Bauinnungs-Krankenkasse siegte die Liste der christlichen Gewerkschaften mit 163 Stimmen Majorität über die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Im ganzen wurden 1349 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die christlichen Gewerkschaften 756, die sozialdemokratischen 593 Stimmen. Und man hatte im Sozialistenlager so sicher auf einen Sieg gerechnet; die „Finanzreform“ hat ja auch die genügende Gewähr dafür und nun dieser Scheiternfall. Es ist dies der zweite in diesem Jahre. Wenn unsere Kollegen auch bei der Gewerbegerichts Wahl ihre Pflicht und Schuldigkeit tun wie hier, dann wird der dritte Scheiternfall bald folgen.

Bodum. Ein harter Kampf spielte sich, ähnlich wie früher, bei der am 25., 26. und 27. Oktober er. gefälligen Wahl der Vertreter zum Erfahrvortreter zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse zu Bodum ab. Besonders interessant war die Agitationsweise der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Seit der Zeit, nämlich als die Generalversammlung der Ortskrankenkasse zum größten Teile aus Mitgliedern der dem christlich-sozialen Ausschuss für Stellen- und Arbeitervertreterwahlen angehörenden Verbände und Vereine besteht, hat die Ortskrankenkasse eine vorzügliche Entwicklung genommen und sind bedeutende Verbesserungen für die Versicherten eingeführt worden. Nach der Richtung hin konnten also die Genossen eine Agitationsmanöver anführen. Um aber nun doch die verhassten Christlichen aus dem Felde schlagen zu können, wurde ein anderes Agitationsmittel von den Genossen gesucht, und zwar ein solches, welches aufsehend bei den zielbewußten „Sozialisten“ als Mittel bei allen möglichen Gelegenheiten angewandt wird, nämlich die Reichsfinanzreform. Dieses „Mittel“ wurde ins Feld geführt, um die evangelischen Arbeiter zu locken und dadurch die Geschlossenheit der auf Seite des christlich-sozialen Ausschusses stehenden Versicherten zu sprengen. Mit den besagten Schlagworten wie „Schwarzschloßpolitik“, „Reichsfinanzreform“ usw. war das sozialdemokratische Flugblatt

gepöbelt. Kein Mittel ließen die sozialdemokratischen Führer unversucht, selbst vor dem Wahlstuhle die schreie die der „Genossenschaft“ nicht zurück. Mit frecher Stirn marschierte der Vorsteher der Zahlstelle Bodum des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, Erich Reubed, zur Wahlurne und gab mit einer falschen Legitimation Karte in einer Gruppe, in der er überhaupt nicht wahlberechtigt war, seine Stimme ab. Derselbe Reubed war es auch, welcher in einer, kurz vor dieser Wahl, vom christlichen Holzarbeiterverbande einberufenen öffentlichen Versammlung über Kräfte, Heiligenbilder und religiöse Gebrauche höhnte und dabei noch die Dreistigkeit besitz, mit Heiligenbildern und Statuen zu handeln. Alle diese Wahltricks seitens der „roten Helben“ versingen jedoch nicht, und der in den letzten Monaten allzusehr „agraderte“ Gaul der Reichsfinanzreform sog nicht mehr. Der Ausgang der Wahl zeigte einen ganz vorzüglichen Erfolg des christlich-sozialen Ausschusses. Gewählt wurde in verschiedenen Gruppen. Zu wählen waren 21 Vertreter und 64 Erfahrvortreter. Hier von erhielt der christlich-soziale Ausschuss 15 Vertreter und 44 Erfahrvortreter. Die Sozialdemokraten 6 Vertreter und 18 Erfahrvortreter. Eine Sondergruppe erhielt 2 Erfahrvortreter. Am schärfsten war der Kampf in den Gruppen des Baugewerbes und des Handelsgewerbes. In dem ersteren erhielt der christlich-soziale Ausschuss 433, die Sozialdemokraten 339 Stimmen. In der Gruppe Handelsgewerbe erhielt der christlich-soziale Ausschuss 153, die Sozialdemokraten 43 Stimmen. Dieses Resultat beruhte den sozialdemokratischen Arbeitervertreter Höhne in eine solche But, daß er im Wahllokale nach dem ersten Wahlgange der Kaufleute ankam: „Seht diese urteillose Masse, diese Zusammengeballten, verurteilte Geheime an! Trotzdem dieselben Kaufleute von den „Genossen“ brieflich ersucht worden waren, die sozialdemokratische Liste zu wählen, mußten sie sich jetzt als urteillose Masse bezeichnen lassen. Hieraus mögen aber alle Mitglieder der Krankenkassen, welche nicht sozialdemokratisch wählen, erfahren, wie sie selbst von gebildet sein wollenden „Obergenossen“ angebetet und verhöhnt werden. Darum muß die Parole aller Arbeiter und Angestellten, welche nicht Sozialdemokrat sind, lauten: In Zukunft bei jeder sozialen Wahl noch geschlossener und eifriger, wie bisher, für die Kandidaten der christlichen Wählerchaft einzutreten.

Von den Arbeitsstellen

Bodum. Ein schwerer Baunfall ereignete sich am Samstag, den 30. Oktober, am Raminbau der neuen Brückfabrik in Kronhagen bei Bodum. Der auf dem Ramin angebrachte Galgen zerbrach plötzlich, erfasste den Raminbauer Streng aus Dortmund und riß ihn zirla 45 Meter mit in die Tiefe. Der Tod trat sofort ein. Streng, welcher langjähriges Mitglied unseres Verbandes ist, war verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Neustadt, O.-Schl. Am 25. Oktober, vormittags 11 Uhr, ereignete sich hier ein Unfall mit tödlichem Ausgang. Der bei der Firma Reinen- und Damastweberei S. Fränkel in Arbeit stehende Maurer Johann Winkler, 44 Jahre alt, Vater von fünf Kindern, aus Stein, O.-Schl., war an diesem Tage mit dem Einfließen der Dübel für die elektrische Lichtanlage beschäftigt. Diese Arbeit mußte er, auf einer Leiter stehend, ausführen; dabei glitt derselbe auf dem Betonfußboden aus und der Winkler fiel nur aus einer Höhe von zwei Metern auf den Fußboden, wo er besinnungslos aufgefunden wurde. Nach baldiger Lieberführung in das Heubitz und Mag. Pankusstift wurde eine Gehirnverletzung festgestellt, an deren Folgen Kollege Winkler abends 10 1/2 Uhr, ohne die Befinnung wieder erlangt zu haben, gestorben ist.

Literarisches.

Volkshilfsabende in den christlichen Gewerkschaften. Unterhaltungsabende zu veranstalten, liegt gewiß nicht im Programm der christlichen Gewerkschaften. Haben diese Abende aber den Zweck der Volkshilfe, so dürften dieselben doch nicht ganz zu verwerfen sein. Ein ganz besonders wertvolles Mittel auch für Gewerkschaften sind Bildbühnen-Vorträge. Zu diesem Zweck hat die Hauptstelle jüdd. kath. Arbeitervereine (München, Herrstr. 36) eine eigene Abteilung für Bildbühnen eingerichtet, um allen christlichen Vereinen und Organisationen gegen geringe Leihgebühr (3-5 M pro Serie) die Bilder zur Verfügung zu stellen. Für die christlichen Gewerkschaften dürften sich nachstehende Serien besonders eignen: „Wunder des Himmels“, „Alte und neue Verkehrswege“, „Der Dampf im Dienste des Verkehrs“, „Der Postverkehr einst und jetzt“, „Bergbau“, „Gutenberg und seine Kunst“, „Die deutsche Luftschiffahrt“, „Das deutsche Museum in München“, „Das Arbeitermuseum in München“, „Arupp und seine Werke“. — Ausführliche Kataloge sind gratis zu haben bei der Abteilung für Bildbühnen der Hauptstelle des Verbandes jüdd. kath. Arbeitervereine München, Herrstr. 36 III.

Bekanntmachungen.

Das Protokoll des Verbandes zu Münster wird innerhalb kürzester Frist erscheinen. Es ist angebracht, wenn die Verwaltungsstellen jetzt bereits mit den Bestellungen beginnen, um in etwa eine Uebersicht über die benötigte Anzahl zu gewinnen. Bestellungen möge man an die Expedition der „Baugewerkschaft“ richten.

Die Kassierer der Verwaltungsstellen machen wir darauf aufmerksam, daß für das nächste Jahr wieder eine andere Beitragsmarke eingeführt wird. Die Kollegen wollen ihre Bestellungen danach einrichten, damit nicht zu große Bestände wieder zurückgesandt werden brauchen.

Krank-, Sterbe- und Gemahregeltenunterstützung sowie Rechtshilfe bedürfen der Anweisung durch den Hauptvorstand. Zu allen Unterstützungen sind besondere Antragsformulare vorhanden, und werden diese mit der Anweisung dem Kassierer der Verwaltungsstelle zugestellt.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Rüdersdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 18.-30. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen:

Für Beiträge und Eintrittsgelder: Essen 2800 M., Düsseldorf 825,83 M., Saarbrücken 800 M., Detmold 528,01 M., Siegen 400 M., Köln 800 M., Senftenberg 58,48 M., Rheine 75,44 M., Greven 187,21 M., Dortmund 2400 M., Duisburg 800 M., Herford 353,21 M., Schwerm 179,26 M., Negeßburg 184,13 M., Neustadt (Westpr.) 184,18 M., Bischofsburg 57,20 M., Heilsberg 140 M., Amberg 295,07 M., Kempen 472,88 M., Braunschweig 682,03 M., Lügde 170,50 M., St.-Barthenberg 131,30 M., Soest 129,15 M., Endwischhafen 70,74 M., Wartenburg 36,73 M., Gochsitz 229,65 M., Hannover 502,40 M., Dyppe 369,07 M., Anrich 255,86 M., Kempten 60,78 M., Frohbach 26,18 M., Weingarten 21,96 M., Dorndorf 5,35 M., Emmer 46,50 M., Büchringen 39,94 M., Himmelpyng 31,28 M., Kriesfeld 26,48 M., Enger 213,61 M., Lage 194,31 M., Marsberg 164,01 M., Rottenburg 66,17 M., Rodden 69,36 M., Emsdetten 316,25 M., Duderstadt 400 M., Frankfurt 800 M., Bielefeld 132,17 M., Barmen 1144,80 M., Weim 889,26 M., Allenstein (M.) 940,60 M., Allenstein (A.) 317,08 M., Kattowik 800 M., Carlsberg 186,17 M., Ripp-

stadt 287,23 M., Göttingen 101,21 M., Königsberg (M.) 184,42 M., Bamberg 48,60 M., Sagan 61,59 M., Sattenhausen 69,87 M., Garburg 86,51 M., Weida 41,82 M., Stabe 45,20 M., Glabbed 450 M., Münster (B.) 167,20 M., Berne 97,83 M., Fulda 200 M., Münster (A.) 377,15 M., Dirschau (M.) 209,13 M., Waderborn 800 M., Siegen 600 M., Oberhausen 42,75 M., Dsnabrück 431,28 M., Markt, Auingen 56,28 M., Glabbed 500 M., Dortmund 800 M., Danzig 600 M., Deynhagen 200,98 M., Mhaus 63,50 M., Gifenach 26,91 M., Uim 7,11 M., Reife 334,39 M., Zingolstadt 461,55 M., Gzerst 66,27 M., Zhrhove 69,07 M., Wajau 94,14 M., Münster (Stutt.) 155,42 M., Grlk 160,48 M., Schneidemühl 256,83 M., Haren 449,06 M., Kofen (M.) 617,45 M., Borchorst 650 M., Gerstle 79,56 M., Hettlingen 106,03 M., Jordan 8,17 M., Dfrig 181 M., Patzschau 25,05 M., Waderborn 635,23 M., Tapaia 50 M., Steinhelm 62,60 M., Wolfenbüttel 21,92 M., Werl 53,56 M., Wilhelmshaven 274,81 M., Andertal 233,75 M., Berlin 382,72 M., Brehme 24,15 M., Berghausen 44,71 M., Bratel 63,45 M., Wingen 98,69 M., Barmen (B.) 107,68 M., Duisburg 620,93 M., Glabbed 500 M., Hilbesheim 500 M., Hagen 500 M., Klosterhausen 61,48 M., Markt, Kreuzburg 313 M., Kattowik 700 M., Eöln 800 M., Marktredwitz 14,65 M., Memmingen 22,18 M., Mainz 83,08 M., Pforzheim 17,96 M., Telgte 185,40 M., Warendorf 196,20 M., Duderstadt 37,70 M., Forchheim 76,60 M., Gelsenkirchen 922,41 M., Horn 112,50 M., Cassel 119,17 M., Landau 136,13 M., Leinbach 5,60 M., Bingen 17,22 M., Dlsberg 254,70 M., Pfauhausen 32,13 M., Solingen 218,26 M., Schweinfurt 159,74 M., Warburg 436,25 M., Wittich 22,15 M., Dsnabrück 200 M., Stagle 103,70 M., Markt, Emmerich 242,26 M., Glabbed 582,20 M., Glogau 105,61 M., Rheba 46,58 M., Schönlake 55,85 M., Warmen 300 M., Wandsloh 32,38 M., Mannheim 350 M., Rathenow 4,50 M., Zille 263,08 M., Wreslau 800 M.

Für Futterale: Rheine 1,95 M., Hannover 6,60 M., Aurich 0,15 M., Kempten 0,30 M., Warmen 0,15 M., Kofen (M.) 0,90 M., Waderborn 0,75 M., Wilhelmshaven 5,85 M., Kreuzburg 6 M., Gelsenkirchen 1,65 M., Glabbed 4,50 M., Zille 0,45 M.

Für Hauskassiererbücher: Dyppe 0,75 M., Münster (B.) 2,25 M., Gzerst 0,30 M., Zhrhove 0,60 M., Schneidemühl 0,30 M., Waderborn 0,30 M., Kreuzburg 2,85 M., Gelsenkirchen 0,15 M., Stagle 0,15 M.

Für Erziehung: Gochsitz 0,15 M., Barmen 0,15 M., Gzerst 0,25 M., Cassel 0,75 M.

Für Broschüren: Bielefeld 5 M.

Streitgeld zurid: Pforzheim 12,30 M.

Der Hauptvorstand: J. U. St. Jacobi.

Unsere Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt. Bei Reklamation und Streitfällen der Sozialversicherung haben die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften kostenlose Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin. Da über die in solchen Fällen einzuschlagenden Wege noch manche Unklarheiten bestehen, sei an dieser Stelle nochmals das Nötige gesagt. Am zweckmäßigsten werden die Streitfälle den von den Verbänden beauftragten Rechtschutzbeamten oder einem Volksbureau resp. Arbeitersekretariat übertragen. Sollte ein Kollege seine Sache selbst durchführen, so ist bei dem Vertreter mit den Vertretern der christlichen Gewerkschaften vor dem Reichsversicherungsamt folgendes zu beachten:

1. Vor allem sind die Reklurse und die dazu gehörigen Akten früh genug an das Zentralbureau für Arbeiterversicherung einzureichen. Manche Sache ist durch zu späte Einreichung schon verloren gegangen.
 2. Die Akten des betr. Streitfalles sind vollständig einzureichen. In manchen Fällen bedurfte es mehrmaligen Hin- und Herfahrens, ehe die Akten vollständig waren, sodaß viel Arbeit und Zeit unnötig verschwendet werden mußte.
 3. Zu jeder Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt muß eine Vollmacht des betr. Arbeiters für den Vertreter mit eingesandt werden.
 4. Ferner ist eine Legitimation über die Verbandszugehörigkeit anzufügen. Diese kann von den Bezirksbeamten oder sonst von den Zentralstellen der Verbände ausgestellt werden.
- Das Zentralrechtschutzbureau (für Arbeitervertretung vor dem Reichsversicherungsamt) befindet sich in Berlin NW 21, Essener Straße 6. Die Geschäfte werden wahrgenommen von den Kollegen Peter Woeler und Johann Beder.

Zur Beachtung!

Für die Kollegen der Verwaltungsstelle Oberhausen. Am Sonntag, den 24. Oktober, fand in Oberhausen die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Unter anderem stand der Punkt Festsetzung der Winterbeiträge auf der Tagesordnung. Vertreten waren die Zahlstellen Oberhausen, Samborn, Neumühl, Dinslaken, Wesel, Wüderich (Niederfeld, Sterkrade, Wago), letzte drei genannte Zahlstellen waren verhindert. Folgender Beschluß wurde gefaßt: Die abreisenden Kollegen werden vor ihrer Abreise 8 Markten à 20 Pf., Kollegen, welche am Orte bleiben, 12 à 20 Pf. Nur diejenigen Kollegen, welche diesen Verpflichtungen nachgekommen sind, erhalten den Schlußheft. Im Interesse eines jeden Kollegen ist es Pflicht, diesem Beschluß nachzukommen.

Der Verwaltungsstellen-Vorsitzende Nikolaus Göber.
C. A. B. Kirchner.

Achtung! Breslau.

20 bis 30 Maurer können sich melden für dauernde Arbeit bei Eduard Pfeffer, Breslau, Mauritiusplatz 4.

Bezirk Posen.

Mit Genehmigung des Zentralvorstandes berufe ich nach § 8 d des Verbandsstatuts eine

Bezirks-Konferenz

nach Posen ein. Dieselbe findet statt am Sonntag, den 21. November d. J. vormittags um 11 Uhr, im „Hotel de Sachse“, Breslauer Str. 15' Tagesordnung:

1. Bericht des Bezirksleiters.
 2. Bericht der Delegierten über den Stand der Verwaltungsstellen.
 3. Bericht über die gefaßten Beschlüsse auf der V. Generalversammlung. Referent Kollege Ringelt.
 4. Lohnbewegungen im Bezirke. Referent Kollege Kranz.
 5. Winteragitation. (Ein Mitglied vom Zentralvorstand.)
 6. Anträge und Verschickenes.
 7. Festsetzung des Ortes der nächsten Konferenz. (Hierzu können schriftliche Anträge gestellt werden.)
- Sämtliche Verwaltungs- sowie Zahlstellen müssen einen Delegierten entsenden. Die Wahl der Delegierten ist sofort in einer Mitgliederversammlung vorzunehmen und das Resultat dem Bezirksleiter mitzuteilen. Die Kosten tragen die Lokalfassen Josef Kranz, Bezirksleiter, Posen, Galldorffstr. 41.

Herbeiziel.

Am 25. Oktober starb unser Kollege Johann Winkler im Alter von 44 Jahren an den Folgen eines Unfalles. Zahlstelle Neustadt, O.-Schl.

Am 29. Oktober starb unser alter, ehrwürdiger Kollege und Mitbegründer unserer Zahlstelle, Johann Josef Hoffmann, im Alter von 62 Jahren an Lungenerkrankung. Zahlstelle Marborn.

Ehre ihrem Andenken!